

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Rettung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Verkaufspreis: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis für April:** Bei den Austrägern Mark 5100.— einschließlich Zustellungsgebühr, in der Geschäftsstelle abgeholt Mark 4000.—, Wochenbezug für Selbstabholer Mk. 1400.—, Einzelnummer Mark 250.—. — Alle Postanstalten, unsere Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskassenkonto Bischofswerda** Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsmittel — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 200 Mk., dreispaltige 180 Mk., im Reklameteil (Zm. Maße 14) 500.— Mk. die 3spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3spaltige Zeile 400.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 86.

Sonnabend, den 14. April 1923.

78. Jahrgang.

Tageschau.

Der Reichstag beschloß am Donnerstag mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Linke, von einer weiteren Getreideumlage abzusehen und eine Brotverbilligung für Winterbrotmittel durch Befreiung des Bestandes herbeizuführen.

In einer Protestnote an die Entente legt die deutsche Regierung scharfe Verwahrung ein gegen die Wärfung der Rheinlandkommission, die dem Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen diktatorische Gewalt über die deutschen Eisenbahnen übertragen hat.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reichs stieg in der dritten Märzwoche (vom 21. bis 31. März) um 800 Milliarden auf 6601 Milliarden Mark.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

Die Aussprache über die Regierungserklärung im Sächsischen Landtag.

Präsident Winkler eröffnete die 30. Sitzung des Sächsischen Landtages vormittags 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die Regierungserklärung und 22 Anträge und Anfragen der verschiedenen Parteien, die mit dem Gegenstande zusammenhängen.

Zunächst beantwortet Ministerpräsident Dr. Zeigener Anfragen wegen der Vorgänge in Zwickau im Juli 1922 dahin, daß ein Teil der Verfahren niedergeschlagen worden sei, weil die Demonstrationen zum Schutze der Republik stattgefunden hätten und die Durchführung der Verfahren neue Beunruhigung geschaffen hätte. (Sachen rechts.)

Eine weitere Anfrage über beleidigende Äußerungen des Amtsgerichtsrats Dr. Grobe in Freiberg gegen Hindenburg und Ludendorff, die nach seiner Meinung zum Tode verurteilt werden mußten, wird von der Regierung dahin beantwortet, daß die Äußerungen von Grobe bestritten würden, auf seinen Fall aber im Dienste stattgefunden hätten, so daß ein Einschreiten abgesehen werden müsse.

Eine dritte Anfrage wegen Vernichtung vaterländischer und religiöser Schriften in den Schulen beantwortet Ministerialdirektor Dr. Michel dahin, daß diese Bücher vernichtet worden, damit dafür gesorgt wird, daß sie nicht in andere Hände kommen.

Die Aussprache über Zeigners Programm.

Für die sozialdemokratische Partei spricht Abg. Witt. Er stellt in langen Ausführungen fest, daß seine Fraktion mit der Regierungserklärung in allen Punkten einverstanden sei. Er geht dann auf die einzelnen Fragen ein und unterstreicht in wenig geschickter Weise die einzelnen Programmpunkte Dr. Zeigners. Zu dem Bündnis mit den Kommunisten hätten die Rechtsparteien durch ihr Verhalten am meisten beigetragen. Seine Fraktion werde die Regierung im Kampfe gegen rechts unterstützen und er hoffe auf die Unterstützung aller Republikaner.

Abg. Beutler (Deutschnat.) behandelt zunächst die Regierungsbildung und hält bei der Beleuchtung der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien vor der Regierungsbildung den Demokraten vor, daß sie der Regierung nur das eine nicht verziehen hätten, daß sie keine demokratischen Minister ausgenommen habe. Er bedauert von seinem politischen Standpunkt aus das Mißtrauensvotum nicht, das eine Radikalisierung des Kabinetts gebracht habe. Gewisse Krankheitserscheinungen müsse man eben aushalten lassen, vielleicht komme erst hinter dem Kabinett Zeigner noch ein Kabinett Böttcher, ehe die Gesundung eintrete. Der Inhalt der Regierungserklärung sei vorgezeichnet worden durch das Kompromiß der kommunistischen Geburtsstunde der Regierung. Im Regierungsprogramm fehlte das Bekenntnis der Reichstreue. Wenn Dr. Zeigner der Reichsregierung Vorschriften über die Außenpolitik machen wolle, dann sei das zum mindesten recht latlos und im jetzigen Augenblick nicht im vaterländischen Interesse gehandelt. Frankreich wolle gar nicht deutsche Papiermüll, sondern deutsches Land haben. Alle Volksschichten wollen Opfer bringen, wenn wir damit eine Verständigung mit Frankreich erzielen können. Wenn Dr. Zeigner sagte, Bestehendes müsse man nicht entgegengesetzten werden, Recht verpflichtet auch. Die Verpflichtung, den Bestehenden zu schenken, will jedoch Herr Zeigner nicht übernehmen. Auf der anderen Seite will er Industrien und neue Arbeitsmöglichkeiten nach Sachfen bringen. Das ist eine glatte Unmöglichkeit. Von der erwähnten Sparmaßnahme des Herrn Dr. Zeigner hat man bis jetzt noch nichts bemerkt. — Herr Kaiser der Zeit

der Revolution geschaffene übergroße Beamtenapparat viel Geld, nicht zuletzt die Arbeiterwehren. Sachsen gilt jetzt überall als Vorposten von Sowjetrußland. Dadurch wird unser Wirtschaftsleben und auch die Arbeiterkraft außerordentlich geschädigt. Herr Dr. Zeigner sieht endlich Sachsen durch innere Feinde bedroht. Wir bedrohen sie nicht, für uns steht der Feind jetzt nur am Rhein und an der Ruhr. Die Republik hat leider nicht verstanden, die Moral zu stärken. Wenn Dr. Zeigner schließlich die proletarischen Hundertkatheten für harmlos hält, weil sie keine Waffen haben, so hat er anscheinend im Drange der anderen Regierungsgeschäfte das Strafgesetzbuch ganz vergessen. Die Preisprüfungsstelle und die Arbeitnehmertammern halten wir für ungeheuerlich und werden sie mit allen Mitteln bekämpfen. Die Begnadigungspolitik des Herrn Zeigner hat das Schwert der Berechtigung in Sachsen stumpf gemacht.

Abg. Dr. Kaiser (Deutsche Volksp.): Die Richtlinien des neuen Herrn Ministerpräsidenten bedeuten einen Rückschritt. Weniger als bisher wird in Sachsen ein gemeinschaftlicher Weg mit der Sozialdemokratie möglich sein. Wir haben jederzeit auf dem Standpunkt gestanden, daß auf die Dauer eine Regierung in Sachsen ohne Sozialdemokratie unmöglich ist. Der jetzige Zustand ist aber erst recht unhaltbar. Der Ministerpräsident täuscht sich entweder selbst oder er täuscht seine Vertrauensleute, wenn er glaubt, seine Richtlinien mit der Verfassung in Einklang bringen zu können. In beiden Fällen wird er sicher bald Schiffbruch leiden müssen. Der Ausgang der Regierungskrise ist nichts anderes als die völlige Kapitulation der Sozialdemokratie vor den Kommunisten. Diese werden ihr Recht bis zum letzten bitteren Ende ausbeuten. — Dr. Zeigner hat in seiner Erklärung kein Wort der Entschuldigung für die Schmach am Rhein und an der Ruhr gefunden. Es ist unmöglich, die Stimmung im Ausland für uns günstig zu gestalten, wenn Dr. Zeigner meint, eine Verständigung mit Frankreich sei leicht möglich, wenn der Bestehende bringe. Den früheren Besitz gibt es überhaupt nicht mehr und viele Millionen von Bürgern leben heute viel schlechter als die Arbeiter. Mit den Angriffen auf die Reichsregierung wollte der Ministerpräsident eine ganze Anzahl von verfassungswidrigen Dingen verdecken. Vor allen Dingen will er die proletarischen Hundertkatheten damit decken, ebenso mit den Anarissen auf die Reichswehr. Unser jetziger Staat wird stets unsere Unterstützung finden, wenn es Angriffe auf seine Verfassung abzuwehren gilt. Verfassungswidrige Organisationen wie die proletarischen Hundertkatheten werden wir aber bekämpfen. Diese führen unweigerlich zum Bürgerkrieg. Alles in allem glauben wir, daß die Koalition mit den Kommunisten wegen ihrer inneren Unwahrscheinlichkeit nicht von allzu langer Dauer sein kann.

Abg. Böttcher (Komm.) bestreitet die Verfassungswidrigkeit der Regierungspläne. Eine Bekämpfung der proletarischen Hundertkatheten würde als ein Kampf gegen das Proletariat in Sachsen ausgefaßt werden. Wir wollen die Arbeiterschaft für die Diktatur des Proletariats vorbereiten und glauben, daß wir in kurzer Zeit die Mehrheit der Arbeiter, auch der heutigen Sozialdemokraten, hinter uns haben werden. Das, was jetzt an der Ruhr geschieht, ist nichts anderes als nationalsozialistisches Theater. In der Frage der Wohnpolitik ist dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund der Vorwurf zu machen, daß er jetzt eine gemäßigtere Politik führt, während die Fortführung der Lohnherabsetzungen geboten erscheint. Die Kommunisten führen den Kampf gegen das Kabinett Cuno, weil diese Regierung an der Ruhr nur die Interessen der Besitzenden vertritt. Die Reichswehr ist heute die größte Gefahr für die Republik und wir unterstützen alles, was Dr. Zeigner darüber gesagt hat. Die proletarischen Hundertkatheten werden gebildet auch gegen den Widerstand derjenigen Sozialdemokratie, die von gemäßigten Hundertkatheten nichts wissen wollen. Ebenso werden die Kontrollausschüsse ins Leben gerufen werden gegen den bürgerlichen Terror. Die Arbeitnehmertammern sollen Kampforganisationen werden. Die Regierung selbst kann nur ein Kampforgan gegen die bürgerlichen Parteien sein, oder sie wird zu existieren aufhören. Die Gegenläufe innerhalb der Sozialdemokratie bedeuten eine Gefahr für die jetzige Regierung. Gegen die koalitionsfreundlichen Arbeiterführer haben wir das schwerste Mißtrauen, aber wir werden die Arbeiter mobilisieren gegen alle Sabotage und gegen jeden Widerstand. Zum Schluß betonte der Redner noch, daß die Kommunisten an der Forderung der Enderfüllung eines Betriebskataloges für Sachsen festhalten. Als der Redner sagt: „Wir werden die Arbeiterschaft auf die Entschlossenheit, die außerhalb des Parlaments fallen wird, vorbereiten!“, wird darzwischen gerufen: „und bewaffnen!“, worauf der Redner stark betont: „A w a h n i t, u n d b e w a f f n e n!“

Abg. Dr. Seyfert spricht namens der demokratischen Fraktion und geht zuerst in ausführlicher Weise auf die Ver-

handlungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten ein. Die Regierungserklärung sprach von einem demokratischen Staat. Auf dem Boden der Demokratie sei jedoch eine proletarische Einheitsfront unmöglich. Das haben auch sozialdemokratische Blätter außerhalb Sachsens und selbst in Sachsen ausgedrückt. Die Kommunisten sind heute die Sieger und Herr Böttcher hat deshalb offen seine Karten ausgespielt. Sicher wird man mehr bald der große Zermürbungsprozess der Sozialdemokratie beginnen, denn dahin geht das kommunistische Ziel. Die Regierungserklärung beeinträchtigt den Abwehrkampf an der Ruhr auf das Schwerste. Die Haltung der Kommunisten dazu ist ganz besonders zu beklagen. Die Unmenge im großen Umfang hat der Vorgänger Dr. Zeigners, der sozialdemokratische Justizminister Dr. Hornisch, als eine Züchtigung gewerkschaftlicher Verbotsorganisationen in jeder Gestalt ab und berufen sich dabei auf die Äußerungen im „Vorwärts“. — In Sachsen hat die Reichswehr loyal ihre Pflicht erfüllt. Wir erkennen in der Vereinigung der Sozialisten mit den Kommunisten eine große Gefahr für die Verfassung. Die Regierung begibt sich in die Arme der ausgepeitschten Massen, aus denen es keinen Ausweg mehr gibt.

Nach 4 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und auf Freitag vorm. 10 Uhr vertagt.

„Zwischen zwei Abgründen“.

Die „Zittauer Morgenpost“ schreibt zu dem ersten Tag der Aussprache im Landtag:

„Das Kabinett Zeigner hat mit der Bereitschaft, die sächsischen Regierungsgeschäfte verfassungsmäßig zu führen und dabei die bekannnten sozialdemokratisch-kommunistischen Vereinbarungen zu erfüllen, eine Gratwanderung angetreten, bei der selbst ein kaskadentüchtiger und erfahrener Bolshewik als Dr. Zeigner früher oder später an einen Punkt kommen muß, wo es nicht mehr weitergeht. Die Regierungserklärung als theoretische Vorarbeit zu dieser halbbrüderlichen Expedition mag an sich zu solchen schlimmen Erwartungen nicht berechtigen; aber erhebliche Strecken der Route, die auf dem Papier ausgefüllt worden ist, gehen gewissermaßen als Luftlinie durch unerforschte Gelände, von dem auf Grund allbekannter Voraussetzungen erwartet werden muß, daß es gänzlich unwegsam ist und nur die Wahl zwischen zwei Abgründen läßt: der Verletzung der Verfassung oder der Umarmung der Kommunisten. Der neue Ministerpräsident hat zwar die Kritik noch nicht geantwortet, die heute im Landtag bei der Aussprache über sein Programm durch den Mund der nichtsozialistischen Fraktionsführer an der Regierungserklärung geübt worden ist; man darf jedoch vermuten, daß sich ihm im Verlauf der Debatte, die Freitag mit zwei weiteren Rednergarnituren fortgesetzt werden soll, die Schwierigkeit der Umwandlung seines dialektischen Planes in die Praxis bereits fühlbar angekündigt hat.“

Das Ende der Getreideumlage.

Im Reichstag wurde am Donnerstag die zweite Beratung des Haushaltsplans fortgesetzt beim Ernährungsministerium. Hier wurde in der letzten Sitzung vor Ostern die Aussprache nach erregten Geschäftsordnungsdebatten und mehrfachen künstlich herbeigeführter Beschlußunfähigkeit des Reichstages abgebrochen. Über die Anträge zur Getreideumlage muß daher noch abgestimmt werden.

Die Mittelparteien legen wieder ihre Entschleunigung von Guérard (Zit.), Dr. Petersen (Dem.), Deutheuffer (Dt. Ep.), Dr. Heim (BVP.) vor, in der erklärt wird, daß von einer weiteren Getreideumlage abgesehen werden muß, und daß die rechtzeitige Sicherstellung einer ausreichenden Brotgetreidemenge unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Organisationen zu erfolgen hat. Durch besondere Befreiung des Bestandes soll das Brot für Winterbrotmittel verbilligt werden. — Eine Entschleunigung Herat (Dnt.) fordert Auflösung der Reichsgetreidekasse am 1. Oktober. — Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) will die Mittel zur Verbilligung des Brotes durch Zuschläge zur Vermögenssteuer ausbringen.

Darauf wird über die vorliegenden Entschleunigungen abgestimmt. Eine Entschleunigung, wonach der Reichstag jede Beteiligung des Reiches an der Getreidekredit-Kittengesellschaft ablehnt, wird an den Haushaltsausschuß verwiesen, über die Entschleunigung Herat (Dnt.), wonach direkt ausgesprochen wird, daß eine Getreideumlage nicht mehr erhoben werden soll, und daß die Reichsgetreidekasse am 1. Oktober aufzulösen ist, wird namentlich abgestimmt. Mit den Entschleunigungen stimmen einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Die Entschleunigung wird mit 261 gegen 90 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Abg. Dörrlich (Dt. Ep.) erklärt, daß seine Freunde kühnlich mit dem deutsch-nationalen